

Berlin aktuell

Gernot Erler, MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Genossin, lieber Genosse!


diese Woche ist eine der ereignisreichsten der letzten Monate gewesen. Am Donnerstag wurde offiziell bekannt gegeben, dass der libysche Diktator Gaddafi tot ist. Die Chancen für den Aufbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Libyen sind damit gewachsen.

Die Bundesregierung hat einmal mehr, dafür aber umso beeindruckender bewiesen, dass sie es nicht kann und sich im Chaos verliert. Mitten in der größten Krise der Europäischen Union verkünden Vizekanzler Rösler und Finanzminister Schäuble Steuersenkungen für das Jahr 2013 – pünktlich zur Bundestagswahl. Das ist so durchschaubar wie unverantwortlich. Besonders Schäuble, der immer vor neuen Schulden warnt, sollte es besser wissen. Statt Wahlgeschenke für die FDP auf Pump zu finanzieren, sollte die Regierung das Geld lieber für schwierige Zeiten vorhalten. Diese irrwitzigen Pläne werden wir im Bundesrat stoppen, denn die Zeche zahlen am Ende vor allem die Länder und Kommunen. Um das Chaos perfekt zu machen brauchte es nicht einmal eine Stunde: Kaum waren die Steuersenkungsabsichten verkündet, meldete Horst Seehofer aus München Widerspruch an. Selbst die kleinste Einigung bekommt diese Koalition nicht zustande.

Doch auch im Großen gelingt Angela Merkel nichts. Es ist ein einmaliger Vorgang, dass ein EU-Gipfel zur Finanzkrise verschoben werden muss, weil grundlegende Informationen über die Leitlinien des Rettungsfonds EFSF fehlen und sich Merkel nicht mit Frankreichs Präsident Sarkozy einigen kann. Dann zu erwarten, dass wir der Regierung ein Mandat für Verhandlungen über diese Guidelines auf EU-Ebene erteilen, ohne sie genau zu kennen, ist mehr als kühn. Die Debatte, ob der EFSF mit einer Hebelfunktion ausgestattet wird und sich somit das Ausfallrisiko erhöht, muss vor den Augen der Bürgerinnen und Bürger im Deutschen Bundestag geführt werden, und nicht in abgeriegelten Sitzungssälen. Dieser Regierung ist viel zuzutrauen, vertrauen kann man ihr nicht mehr.

Das zeigte sich auch bei der Debatte in der Aktuellen Stunde, in der es um den fragwürdigen Einsatz der Staatstrojaner ging. Wir verlangen, dass solche Software vom Staat und nicht von kommerziell orientierten Programmierern und zweifelhaften IT-Firmen entwickelt wird – und dass sie nicht mehr kann, als sie laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts darf.

Mit herzlichen Grüßen
Euer



IMPRESSUM:
GERNOT ERLER, MDB
STELLVERTRETENDER VORSITZENDER DER
SPD-BUNDESTAGSFRAKTION
Platz der Republik
11011 Berlin
Tel. 030/227 75735
Fax. 030/227 76735
E-Mail: gernot.erler@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Gernot Erler, MdB

Günterstalstr. 33
79102 Freiburg
Tel. 0761/382629
Fax. 0761/24865
E-Mail: gernot.erler@bundestag.de

www.gernot-erler.de

 **SPD**
BUNDESTAGS
FRAKTION
www.spdfraktion.de

Inhaltsverzeichnis

02	Top-Thema: Refinanzierungskrise / EFSF	07	Anspruch auf flexible Pflegezeiten und Lohnersatzleistung
03	Aktuelle Stunde: Verstaatlichung der Staatstrojaner	08	500 Jahre Reformation: Lutherdekade gestalten
05	Investitionsverbot in Antipersonenminen und Streumunition	09	Keine Liberalisierung von Rüstungsexporten
06	SPD will „Hochschulpakt Plus“	09	Schlichtung für Luftfahrtunternehmen einführen
06	Anfrage zu demographischem Wandel: Welche Handlungskonzepte hat die Regierung?	10	Pressemitteilungen
07	Kinder: Ausgrenzung bei Bildungs- und Teilhabepaket stoppen		

REFINANZIERUNGSKRISE / EFSF

SPD-Fraktion fordert Beratung des gesamten Bundestages über EFSF-Leitlinien

Nach der Sondersitzung der SPD-Fraktion am 21. Oktober hat der Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier das Chaos rund um den EU-Gipfel am 23. Oktober als einen „unglaublichen Vorgang“ bezeichnet. Die Verschiebung eines Ratstreffens, die kurzfristige Absage einer Regierungserklärung und die scheinbarweise Informierung der Öffentlichkeit zeige die Unfähigkeit dieser Koalition. „Die zur Schau gestellte Einträchtigkeit zwischen Angela Merkel und Nicolas Sarkozy bei einem Strandspaziergang vor einigen Monaten ist dahin“, stellte Steinmeier fest. Beide schafften es nicht einmal, einen Rat vorzubereiten. Die Zeit seit der Abstimmung im Bundestag sei nicht genutzt worden für die Ausarbeitung gemeinsamer Positionen. Dieses Vorgehen reiht sich nach Ansicht Steinmeiers nahtlos ein in die verwirrende und verwirrt Entscheidung der Koalition, vor der Bundestagswahl die Steuern zu senken – auf Pump. Nicht einmal eine halbe Stunde habe es gebraucht, bis aus München der Widerspruch dazu gekommen sei. Selbst die kleinste Absprache bekomme Schwarz-Gelb nicht mehr hin. „Alles spricht dafür, dass da nichts mehr zusammengeht“, bemerkte Steinmeier.

Am Tag zuvor habe Merkel noch eine Regierungserklärung abgeben wollen, die dann vom Bundeskanzleramt zurückgezogen worden sei. Sogar Finanzminister Schäuble habe davon nichts gewusst und davon erst durch den Hinweis des SPD-Haushaltsexperten Carsten Schneider während der Beratung im Haushaltsausschuss erfahren. Eine größere Dürpierung ist kaum denkbar. „Die Kanzlerin hat mich persönlich informiert, dass eine Regierungserklärung von ihr auf der Basis der jetzt vorliegenden Informationen zu den Leitlinien der EFSF keinen Sinn habe – es gibt ja keine“, sagte Steinmeier weiter.

Zur Erklärung: In der Nacht vom 19. Oktober auf den 20. Oktober wurde den Abgeordneten aller Fraktionen ein 70-seitiges Papier zu den so genannten Guidelines des Rettungsfonds EFSF in deutscher Übersetzung zugestellt. Darin geht es um die Ausgestaltung dieser Leitlinien, die nichts anderes als eine Geschäftsordnung sind. Im Prinzip sind die vier Instrumente gemeint, mit denen die EFSF (Europäische Finanzstabilitätsfazilität) arbeiten darf. Schäuble musste im Haushaltsausschuss einräumen, dass dieses Papier ein Vorentwurf eines Entwurfes ist. Es fehlen Hinweise zu der umstrittenen Hebelproblematik, um die es aber signifikant geht.

Für die SPD-Fraktion ist völlig klar, dass eine Vergrößerung des Risikos den Beschlüssen vom September im Bundestag zur EFSF entgegen steht – und somit einer neuen Abstimmung bedarf. Denn es geht, entgegen der Behauptungen der Union und FDP, nicht nur um die Haftungsobergrenze, sondern um das Ausfallrisiko. Selbst wenn es beim Haftungslimit von 211 Milliarden Euro bleibt, steigt durch die Möglichkeit ei-

ner Versicherung das Ausfallrisiko insgesamt. Es kommt dabei auf das Modell an, das der EU-Gipfel beschließen will. Doch dort sind, auch durch das Verschulden der deutschen Regierung, nicht mal Grundzüge einer Ratsposition erkennbar.

Es braucht demnach keine finanzpolitische Sachkunde, um zu erkennen, dass solch eine fundamental-materielle Entscheidung, wenn aus Milliarden Billionen werden könnten, der gesamte Bundestag beraten muss. Darin ist sich die SPD-Fraktion mit den Grünen völlig einig. Die haben am 21. Oktober kurzfristig einen interfraktionellen Antrag in den Bundestag eingebracht (Drs. 17/7410), der sich mit der Euro-Stabilisierung befasst und eben fordert, dass über diese Leitlinien der gesamte Bundestag entscheiden muss und nicht der Haushaltsausschuss oder ein neunköpfiges Geheimgremium. Denn natürlich bedeuten alle Möglichkeiten der Hebelung ein höheres Risiko für die Steuerzahler im Vergleich zur einfachen Kreditvergabe.

Zustimmung zu Grünen-Antrag

Diesen Antrag, dem die SPD-Fraktion zugestimmt hat, wollten die Koalitionsfraktionen zunächst verhindern. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, wies in der Debatte darauf hin, dass am gleichen Nachmittag der Haushaltsausschuss nach dem Willen des Finanzministers in geheimer, nichtöffentlicher Sitzung über die Leitlinien abstimmen solle. Auf diese Weise erhofft sich die Bundesregierung ein Plazet zu Verhandlungen beim EU-Gipfel, der nun am 26. Oktober beraten soll. Oppermann stellte klar, dass es mit menschlichem Verstand nicht begreifbar und vermittelbar sei, dass über Milliardenhaftungen der gesamte Bundestag, über etwaige Billionen aber der Haushaltsausschuss nichtöffentlich befinden solle. „Zu dieser Regierung darf man kein Vertrauen haben, Sie nähren den Verdacht, dass Sie der Öffentlichkeit hier etwas unterjubeln wollen. Das muss vor den Augen der Bürgerinnen und Bürger beraten werden“, sagte Oppermann. In ihrer jetzigen Form seien die Leitlinien ein Torso, Wesentliches fehle. In Richtung CDU/CSU-Fraktion fragte er: „Können Sie das wirklich noch überblicken?“ Nicht in Sitzungssälen hinter zugezogenen Gardinen müsse debattiert werden, sondern im Plenum vor den Augen der Öffentlichkeit.

Angela Merkel habe alle Zeit der Welt gehabt, seriöse und detaillierte Arbeit zu leisten, stattdessen habe sie die Opposition beschimpft und Steuersenkungserklärungen zugelassen, die unverantwortlich seien.

SPD-Haushälter Carsten Schneider rief den Unionsabgeordneten in der Bundestagssitzung zu, dass sie von der SPD verlangten, der Kanzlerin den Rücken zu stärken. „Dabei sind Sie es doch, die ihr ständig in den Rücken fallen“, sagte Schneider. Die SPD werde nun auf die Nachreichung der Hebelabsichten in den Leitlinien warten und sie dann genau prüfen. Er erklärte das mit dem Hinweis, dass etwa die EZB vor allem deshalb Staatsanleihen aufkaufe, weil es ihr nicht ausdrücklich verboten sei. Auf solche Details komme es an. Zuviele Täuschungsmanöver lägen in der Luft. Schneider: „Wie soll man dieser Regierung noch vertrauen?“

AKTUELLE STUNDE

Verstaatlichung der Staatstrojaner

Im Zuge der Affäre um den Einsatz der Staatstrojaner, also Abhörwanzen, die PCs sogar steuern können, fand am 19. Oktober im Plenum eine Aktuelle Stunde statt. Darin bekam jede Fraktion samt Vertreter der Bundesregierung Gelegenheit, zum umstrittenen Einsatz der Schnüffel-Software Stellung zu nehmen. Die soll nun nach neuen Erkenntnissen sogar eine Nachladefunktion haben, die ihre technischen Möglichkeiten ausweitet. Sie kann faktisch mehr, als sie nach einem Urteil des Bundesverfassungsgericht darf.

Der Parlamentarische Staatssekretär Ole Schröder vertrat die Bundesregierung und die Auffassung, die Debatte habe „hysterische“ Züge. Alles sei rechtmäßig fundiert, und Online-Durchsuchungen und TKÜs seien sowieso verschiedene Dinge, und hier habe es sich nur um TKÜs gehandelt.

Zur Erklärung: Quellen-TKÜ ist grob skizziert eine polizeiliche Maßnahme, bei der auf dem Computer, mit der die zu überwachende Kommunikation getätigt wird, ein Programm installiert wird, das die Kommunika-

tion vor der Verschlüsselung mitschneidet und an die Ermittlungsbehörde übermittelt. Es darf dabei nur die Kommunikation überwacht, nicht aber weitere Daten erhoben werden.

Mit keinem Wort erwähnte Schröder das hochnotpeinliche Verhalten der Protagonisten dieser Regierung, die sich erst widersprochen und dann öffentlich gestritten haben. Da sagte der Bundesinnenminister Friedrich (CSU), die Bundesjustizministerin (FDP) sei scheinheilig, er sagte, die Rechtslage für den Einsatz solcher Trojaner sei klar und forderte dann die Kollegin Leutheusser-Schnarrenberger auf, die Rechtslage klarzustellen.

„Versteckspiel statt Aufklärung“

Bei solch einem Durcheinander sei es kein Wunder, dass die Bevölkerung immer mehr Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Politik habe, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann.

Lars Klingbeil, netzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, strafte die Bundesregierung ab für ihr „Versteckspiel statt Aufklärung“.

Thomas Oppermann lobte ausdrücklich den Chaos Computer Club (CCC), der den Einsatz des Trojaners durch Bayern aufdeckte und „eklatante Schwächen bei dem Einsatz“ offenlegte. „Der CCC hat demonstriert, wie ahnungslos etliche Politiker aus den Reihen der Koalition sind“, sagte Oppermann. Es reiche eben nicht, einen demokratischen Staat und freie Presse zu haben, „wir brauchen eine wachsame Zivilgesellschaft“, sagte Oppermann weiter.

Er sieht beim Einsatz des Trojaners und der Quellen-TKÜ drei Mängel:

1. Wer produziert eigentlich die Software? „Die muss natürlich vom Staat kommen und nicht von Firmen mit zweifelhaftem Ruf und einem Server in den USA“, forderte Oppermann. Private kommerzielle Programmierer dürften nicht über die Reichweite staatlicher Ermittlungen Einfluss haben. Er rief in Richtung Regierung: „Verstaatlichen Sie die Staatstrojaner!“
2. Die Sicherheitslücken des Trojaners, die ebenfalls vom CCC aufgedeckt wurden, müssen geschlossen werden. Denn wenn nicht, sei es möglich, dass die Software von Dritten ausgenutzt werde, die die Ausgeforschten dann noch weiter ausforschen. Das müsse auch in die Strafprozessordnung, sagte er an die Adresse der Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger.
3. Bund und Länder sind unabgesprochen und uneins. Sie sollen sich besser abstimmen bei Einsätzen, forderte Oppermann. „Es spricht nichts dagegen, dass sich der Bundesinnenminister mit seinen Länderkollegen trifft und redet“, sagte er. Es dürfe nicht sein, dass zig verschiedene Softwares eingesetzt werden.

Die Bürger erwarteten, dass das Recht auf funktionierende Sicherheitssysteme geachtet wird. Der Umgang mit Staatstrojanern müsse viel sorgfältiger werden.

Medien meldeten derweil, dass ein weiterer Trojaner entdeckt wurde, der sogar noch wesentlich mehr kann als sein Vorgänger, um den sich die Debatte und vorherige Befragung im Innenausschuss drehte. Wer ihn wo eingesetzt hat, war da noch offen. Was verschweigt die Koalition noch?

SPD fordert Investitionsverbot in Antipersonenminen und Streumunition

Antipersonenminen und Streumunition sind grausame Waffen. Die weit überwiegende Zahl der Opfer sind Zivilistinnen und Zivilisten, darunter vor allem Kinder. Weil die Minen oftmals nicht sofort explodieren, werden auch noch lange nach dem Abwurf Menschen durch sie getötet oder verstümmelt. Noch heute gefährden Millionen nicht explodierter Minen und Streumunitionen die Bevölkerung vieler Staaten.

Zwar gibt es verschiedene Abkommen, die Antipersonenminen und Streumunition verbieten (Ottawa-Übereinkommen, Oslo-Übereinkommen), doch das im Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen (KWKG) verankerte Förderungsverbot schließt nicht ausdrücklich ein Verbot von Investitionen in diese Waffen ein. Dadurch entsteht ein Auslegungsspielraum, der die effektive Umsetzung des Verbotes gefährdet.

Dabei muss die Bundesrepublik aufgrund der Konventionen in allen relevanten Bereichen dafür Sorge tragen, dass die Ziele der Übereinkommen nicht unterlaufen werden. Das schließt insbesondere den Finanzsektor mit ein und erfordert ein ausdrückliches Verbot von Investitionen in Unternehmen, die Antipersonenminen oder Streumunition herstellen oder entwickeln. Für verantwortungsbewusste Verbraucher ist es schwierig, zum Beispiel zu erkennen, welches Finanzinstitut im Verborgenen in solches Kriegsgerät investiert.

Besonders problematisch ist, wenn staatliche Investitionen und Förderungen dazu führen, dass die Herstellung und Entwicklung von Antipersonenminen und Streumunition unterstützt wird. Eine steuerliche Förderung von Investitionen in Firmen, die diese Waffen herstellen oder entwickeln ist derzeit nämlich nicht ausgeschlossen, da staatlich zertifizierte und steuerlich geförderte Produkte der privaten Altersvorsorge („Riester-Rente“) nicht daraufhin überprüft werden, ob mit dem investierten Kapital auch Geld in solche Unternehmen fließt.

Keine öffentlichen Aufträge an zweifelhafte Firmen

Die SPD-Bundestagfraktion will dagegen vorgehen und fordert in einem interfraktionellen Oppositionsantrag (Drucksache 17/7339) die Bundesregierung dazu auf, direkte oder indirekte Investitionen und jede Form der Finanzierung von Unternehmen, die solch zynische Minen oder Munition entwickeln oder produzieren, zu verbieten. Solche Firmen dürfen unter keinen Umständen öffentliche Aufträge bekommen. Damit sollen dann auch staatliche Investitionen und Förderung wie zum Beispiel über Finanzprodukte im Rahmen der Riester-Rente verhindert werden. Als Miteigentümer öffentlich-rechtlicher oder privater Banken soll die Regierung Einfluss nehmen auf deren Geschäftspolitik, dass keine Investitionen in solche Tötungsgeräte getätigt werden. Darüber hinaus fordern die Sozialdemokraten, dass die Regierung sich für ein gleichlautendes Verbot auf europäischer und internationaler Ebene einsetzt.

Das Gegenargument, dass eine Kontrolle des gesamten Anlageuniversums nicht möglich sei, ist unhaltbar. Andernfalls wäre es Finanzdienstleistern nicht möglich, Investitionen in Streumunition vollständig auszuschließen, wie das einige große Fondsgesellschaften in Deutschland immerhin tun.

Deutschland sollte dem Beispiel Belgiens, Luxemburgs, Norwegens und Neuseelands folgen und Investitionen in die Herstellung und Entwicklung von Antipersonenminen und Streumunition generell gesetzlich untersagen. Ein Land, das jährlich erhebliche finanzielle Mittel für die Räumung von Antipersonenminen und Streubomben weltweit zur Verfügung stellt, kann Investitionen in die Produktion dieser Waffen nicht erlauben und darf sie schon gar nicht steuerlich fördern.

BILDUNG

SPD-Fraktion will „Hochschulpakt Plus“

Der Andrang junger Menschen auf die Hochschulen hält an: Immer mehr Abiturientinnen und Abiturienten wollen studieren. Doch es gibt zu wenige Studienplätze. Die SPD-Fraktion will deshalb den Hochschulpakt von Bund und Ländern aufstocken. Das Ziel: kurzfristig 50.000 zusätzliche Studienplätze.

Pünktlich zum Wintersemester setzt die SPD-Fraktion ein drängendes Problem für viele junge Menschen auf die Tagesordnung des Bundestages: Das Angebot an Studienplätzen in Deutschland reicht noch immer nicht aus. Zwar sorgt der Hochschulpakt von Bund und Ländern auf Initiative der SPD dafür, dass zwischen 2011 und 2015 rund 275.000 zusätzliche Studienanfängerplätze an den Universitäten und Fachhochschulen geschaffen werden. Aber aktuelle Prognosen gehen davon aus, dass in den kommenden Jahren trotzdem noch etwa 200.000 Studienplätze fehlen könnten.

„Zum Semesterbeginn wird deutlich, dass der Hochschulpakt unzureichend finanziert ist“, sagt Swen Schulz, stellvertretender bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Deshalb fordern die Sozialdemokraten, den Hochschulpakt aufzustocken, damit alle Interessierten einen Studienplatz bekommen und gute Studienbedingungen vorfinden.

Hochschulen müssen allen offen stehen

Das Konzept für einen „Hochschulpakt Plus“ hat die SPD-Fraktion diese Woche im Bundestag vorgelegt (Drs. 17/7340). Es sieht vor, kurzfristig mindestens 50.000 zusätzliche Studienplätze zu finanzieren. Als Anreiz für gute Lehre soll außerdem ein Abschluss-Bonus eingeführt werden, der den Hochschulen für jeden erfolgreichen Studien-Abschluss zusätzliche Mittel gewährt.

Darüber hinaus setzen sich die Sozialdemokraten für ein Sonderprogramm ein, das speziell den Ausbau von Master-Studienplätzen fördert. Gerade in den Master-Studiengängen gibt es immer mehr Engpässe. Für die SPD-Fraktion steht fest: Allen Bachelor-Absolventen muss der Weg zum Master offen stehen.

Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Dagmar Ziegler, ist überzeugt: „Damit ein Studium nicht zum Privileg für wenige wird, muss die Bundesregierung jetzt endlich die Augen öffnen und handeln.“

DEMOGRAPHIE

SPD-Anfrage zu demografischem Wandel: Welche Handlungskonzepte hat die Regierung?

Die Menschen in unserem Land werden immer älter. Gleichzeitig kommen immer weniger Kinder zur Welt. Diese Veränderungen bei der Bevölkerungszahl und -struktur haben langfristige Auswirkungen auf gesellschaftliche Entwicklungen. Die Herausforderung für die Politik ist es, den Bürgerinnen und Bürgern auch unter veränderten Rahmenbedingungen Sicherheit zu geben und ihnen einen guten Lebensstandard zu ermöglichen.

Obwohl die demografische Entwicklung nicht neu ist und auch die Debatte darüber schon lange währt, mangelt es bisher an einer in sich konsistenten, langfristigen und strategischen Antwort auf die Gesamtproblematik. Dabei geht es auch darum, dass die Ansätze von Bundes-, Länder-, kommunaler und europäischer Ebene miteinander kompatibel sind.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in ihrer Großen Anfrage „Der demografische Wandel in Deutschland – Handlungskonzepte für Sicherheit und Fortschritt im Wandel“ (Drs. 17/6377) die Bundesregierung auf, darzulegen, welche Handlungskonzepte sie für die wesentlichen demografischen Entwicklungen bis 2030 konkret und perspektivisch bis 2050/60 besitzt.

Die Anfrage war Gegenstand der Debatte am 21. Oktober 2011. Die Sozialdemokraten wollen wissen, auf welcher Datengrundlage die Regierung Prognosen zur demografischen Entwicklung trifft und vor allem welche Konsequenzen und Handlungsbedarfe sie daraus ableitet. Die Abstimmung von Konzepten und Programmen mit anderen Akteuren und vor allem mit Ländern und Kommunen ist dabei von besonderer Bedeutung. Alle Ebenen müssen an Entscheidungen und an der Gesetzgebung beteiligt werden. Die zentrale Rolle von gesellschaftlichen Akteuren wie Verbänden, Vereinen und Stiftungen ist dabei zu beachten. Schließlich steht zur Debatte, auf welche Weise die Bundesregierung plant, die langfristigen Potentiale in der Gesellschaft zu heben, zum Beispiel durch vorschulische Förderangebote, lebenslanges Lernen, Weiterbildung und Angeboten für ältere Beschäftigte.

KINDER

Ausgrenzung beim Bildungs- und Teilhabepaket stoppen

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die sich im Rahmen eines laufenden oder abgeschlossenen Asylbewerbsverfahrens in Deutschland befinden, haben derzeit keinen Anspruch auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket im Bereich der Sozialhilfe. Nur wer bereits länger als vier Jahre in der Bundesrepublik lebt, erhält diese Leistungen. Bei allen anderen liegt es im Ermessen der zuständigen Behörde.

In ihrem Antrag (Drs. 17/6455), der am 21. Oktober 2011 abschließend im Bundestag beraten wurde, fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, allen Kindern von Asylbewerbern einen Rechtsanspruch auf Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets zu gewähren. Im Sinne der Gleichbehandlung von Kindern und Jugendlichen sei eine gesetzliche Regelung nötig. Andernfalls würden beispielsweise Kinder und Jugendliche, die in denselben Einrichtungen untergebracht sind, etwa bei der Mittagsverpflegung in Schulen oder Kitas ausgegrenzt. Diese Ungleichbehandlung ist auch mit der UN-Kinderrechtskonvention nicht vereinbar.

PFLEGE

Anspruch auf flexible Pflegezeiten und Lohnersatzleistung

Wenn ein Familienmitglied oder eine Person, die einem nahesteht, plötzlich pflegebedürftig wird, müssen Angehörige oder auch Freunde vieles organisieren. Welche professionellen Pflegeangebote kommen in Frage? Muss die Wohnung barrierefrei umgebaut werden? Welche Unterstützung im Alltag gibt es? Diese und weitere Fragen sind dann zu klären. Häufig stehen Angehörige vor dem Problem, wie sie Beruf, Familie und Pflege miteinander vereinbaren können.

Aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion ist der Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf (Familienpflegezeitgesetz) nicht dazu geeignet, die Situation von Angehörigen oder nahestehenden Personen der Pflegebedürftigen zu verbessern. Deshalb haben die Sozialdemokraten zur 2./3. Lesung des Gesetzentwurfs am 20. Oktober 2011 einen Entschließungsantrag in den Bundestag (Drs. 17/7390) eingebracht.

Schwarz-gelbes Familienpflegezeitgesetz ungeeignet

Das schwarz-gelbe Familienpflegezeitgesetz berücksichtigt aus Sicht der SPD die Bedürfnisse pflegender und betreuender Angehöriger nicht ausreichend. So sieht das Gesetz keinen Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit vor. Es hänge vom Willen des Arbeitgebers ab, ob Beschäftigte diese Zeit in Anspruch nehmen können oder nicht. Zudem seien die gesetzlichen Regelungen hauptsächlich auf Beschäftigte zugeschnitten, die Vollzeit und unbefristet erwerbstätig sind. Dabei handelt es sich beim Großteil der pflegen-

den Angehörigen um Frauen mit niedrigem Einkommen, die Teilzeitjobs haben. Des Weiteren kritisieren die Sozialdemokraten, dass die Beschäftigten eine private Versicherung für das Ausfallrisiko abschließen müssen, das durch ihren eigenen Tod oder ihre Berufsunfähigkeit für den Arbeitgeber entstehen könnte. Die Arbeitgeber bleiben dabei völlig außen vor. Außerdem enthält das Gesetz keinerlei Regelungen, um die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen zu verbessern.

Lohnersatzleistung für Pflegepersonen einführen

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, anstelle des Familienpflegezeitgesetzes das Pflegezeitgesetz weiter zu entwickeln. Dabei soll die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf verbessert und auf eine geschlechtergerechte Ausgestaltung geachtet werden. Der bestehende Rechtsanspruch auf eine kurzzeitige Arbeitsverhinderung von bis zu zehn Tagen soll ähnlich wie beim Kinderkrankengeld mit einer Lohnersatzleistung versehen werden. Der Rechtsanspruch auf Freistellung von bis zu sechs Monaten soll zu einem flexiblen „Zeitbudget“ mit einer Lohnersatzleistung weiterentwickelt werden. Zudem sei zu berücksichtigen, dass nicht nur Angehörige Verantwortung für Betreuung und Pflege übernehmen, sondern zunehmend auch Freunde oder Nachbarn von Pflegebedürftigen. Des Weiteren soll in einem Gesamtkonzept Pflege gemeinsam mit Ländern, Kommunen und Pflegekassen die wohnortnahe Beratungs- und Pflegeinfrastruktur und der Ausbau von barrierefreiem und altersgerechtem Wohnen verbessert werden. Ebenso bedarf es einer neuen familienfreundlichen Arbeitskultur.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits Eckpunkte für ein Gesamtkonzept Pflege vorgelegt, die im Augenblick mit Verbänden, Organisationen, Krankenkassen und Gewerkschaften sowie mit Beschäftigten in Pflegeeinrichtungen diskutiert werden.

REFORMATION

500 Jahre Reformation – Lutherdekade gestalten

Der Thesenanschlag durch Martin Luther am 31. Oktober 1517 gilt als Auslöser für die Reformation. Sie hat in den vergangenen 500 Jahren nicht nur in unserem Land, sondern europa- und weltweit Gesellschaft und Politik geprägt. Über 400 Millionen Protestanten sehen in den Thesen, die Martin Luther an die Wittenberger Schlosskirche angeschlagen haben soll, ihre konfessionellen und geistigen Wurzeln.

Bei dem Reformationsjubiläum im Jahr 2017 handelt es sich um ein kirchliches und kulturgeschichtliches Ereignis von Weltrang. In den Jahren der so genannten Lutherdekade von 2008 bis 2017 wird das weite Themenspektrum der Reformation in Themenjahre aufgenommen und von entsprechenden kirchlichen, kulturellen und touristischen Veranstaltungen begleitet. Impulse der Reformation, die bis in unsere heutige Zeit reichen, werden etwa in Ausstellungen, Konzerten, Kongressen, Schulen und Weiterbildungseinrichtungen aufgegriffen.

Systematische Förderung, eine gute Vorbereitung und die Koordinierung der einzelnen Aktivitäten bilden die Basis für eine erfolgreiche inhaltliche Vermittlung. Der Bundestag hat bereits in der letzten Legislaturperiode den Antrag „Reformationsjubiläum 2017 als welthistorisches Ereignis würdigen“ verabschiedet. In einem interfraktionellen Antrag (Drs. 17/6465), der am 20. Oktober 2011 diskutiert wurde, fordert die SPD die Bundesregierung gemeinsam mit den Fraktionen der CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS90/Die Grünen auf, sich an der Ausgestaltung der Lutherdekade und des Jubiläumsjahres in Deutschland sowie im Ausland zu beteiligen. Bereits jetzt beteiligt sich der Bund mit Projektmitteln von jährlich fünf Millionen Euro bis 2017, sowie im Bereich des Denkmalschutzes. In den kommenden Jahren soll das Jubiläum verstärkt auch in der Arbeit der Deutschen Welle, der Goethe Institute und Kulturabteilungen der Auslandsvertretungen berücksichtigt werden. Eine Zersplitterung des Engagements der Länder, Kommunen, Kirchen und Verbände müsse vermieden und auf umfassende Aktivitäten und deren Bewerbung hingewirkt werden. Der Bundestag soll regelmäßig über den Vorbereitungsstand und die Projekte zum Reformationsjubiläum 2017 informiert werden.

RÜSTUNGSEXPORTE

Keine Liberalisierung von Rüstungsexporten

Die SPD-Fraktion fordert die Bundesregierung zu mehr Transparenz und Zurückhaltung bei Rüstungsexporten auf. Künftig soll die Regierung das Parlament informieren.

In einem Antrag (Drs. 17/7336) fordern die Sozialdemokraten die Regierung auf, sich künftig streng an die Rüstungsexportrichtlinien zu halten und Genehmigungen zurückhaltender zu erteilen. Außerdem soll die Regierung ihre Entscheidungen über Rüstungsexporte transparenter machen und das Parlament in geeigneter Weise zeitnah informieren. Die Geheimhaltungsvorschriften der Bundesregierung sollen entsprechend geändert werden.

Hintergrund der Forderungen ist die Entscheidung der Bundesregierung vom Sommer, Panzer nach Saudi-Arabien zu liefern. Die Entscheidung hatte auch bei der SPD-Fraktion massive Kritik ausgelöst.

In ihrem Antrag verweisen die Sozialdemokraten erneut darauf, dass der Export von Kriegswaffen in Länder außerhalb der NATO und der EU nach den „Politischen Grundsätzen der Bundesregierung“ für Rüstungsexporte restriktiv gehandhabt werden müssen und nur in Ausnahmefällen zugelassen werden dürfen. Kriegswaffenexporte in Spannungsgebiete sind nach den Politischen Grundsätzen untersagt.

In Anbetracht der aktuellen Lage in Nordafrika und dem Mittleren Osten dürfen daher keine Kriegswaffen und Rüstungsgüter in diese Region geliefert werden, stellt die SPD-Fraktion klar. Dies gilt vor allem auch für die geplanten Panzerlieferungen an Saudi-Arabien.

Inzwischen scheint der massive öffentliche und politische Druck auch durch die SPD-Bundestagsfraktion zu wirken: Medienberichten zufolge will die Bundesregierung ihre Entscheidung im Bundessicherheitsrat noch einmal überprüfen.

VERKEHR

Schlichtung für Luftfahrtunternehmen einführen

Immer wieder sind Reisende mit Verspätungen oder Ausfällen der Bahn und auch im Flugverkehr konfrontiert. Häufig funktioniert auch der Gepäcktransport nicht zufriedenstellend. Auch wenn die Große Koalition die Rechte von Reisenden verbessert hat, führen diese und andere Unannehmlichkeiten immer wieder zu strittigen Auseinandersetzungen mit den Verkehrsträgern. Deshalb besteht im Verkehrsbereich ein großer Bedarf an außergerichtlicher Streitbeilegung zwischen Verbraucherinnen und Verbrauchern und Unternehmen.

Schlichtungsstellen erleichtern es Verbraucherinnen und Verbrauchern, ihre gesetzlich festgeschriebenen Rechte unbürokratisch durchzusetzen. Dieser Weg ist effizient, kostengünstig und entlastet Gerichte. Bei Bahn-, Bus- und Schiffsreisen leistet die „Schlichtungsstelle öffentlicher Personenverkehr e.V.“ (söp) mit einer Schlichtungsquote von über 90 Prozent gute Arbeit.

Die Luftfahrtunternehmen haben sich bisher nicht an der Errichtung einer Schlichtungsstelle beteiligt. Verbraucherzentralen stellen jedoch fest, dass Fluggesellschaften, die die EU-weit geltenden Rechte von Fluggästen missachten, ihre Beschwerden nicht ernst nehmen sowie ihren Informationspflichten und der Kundenbetreuung nicht zufriedenstellend nachkommen.

Die für Verbraucherschutz zuständigen Minister der Länder haben die Bundesregierung bereits am 17. September 2010 aufgefordert, alle in Deutschland tätigen Reiseverkehrsunternehmen zur Teilnahme an und Mitgliedschaft in der söp gesetzlich zu verpflichten. Das ist bislang nicht umgesetzt worden.

Deshalb fordert die SPD in ihrem Antrag (Drs. 17/7337), der am 20. Oktober 2011 im Bundestag beraten wurde, die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Teilnahme der Luftverkehrsbranche an der verkehrsträgerübergreifenden Schlichtung sicherstellt. Unternehmen sollen verpflichtet werden, an einem Schlichtungsverfahren teilzunehmen, wenn sie einer Verbraucherbeschwerde nicht innerhalb von vier Wochen abgeholfen haben. Die Unternehmen sollen die Kosten der Schlichtung tragen, solange die Schlichtungsstelle nicht missbräuchlich vom Verbraucher oder der Verbraucherin angerufen worden ist. Zudem muss die Schlichtung verkehrsträgerübergreifend durchgeführt werden.

PRESSEMITTEILUNGEN

Ukraine auf dem Weg ins Abseits

11.10.11 - 1164

Zum heutigen Schuldspruch gegen die ukrainische Oppositionspolitikerin Julia Timoschenko erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gernot Erler:

Der heutige Schuldspruch gegen Julia Timoschenko und die Verurteilung zu sieben Jahren Haft markieren einen Tiefpunkt in den europäisch-ukrainischen Beziehungen. Ganz offensichtlich war der Prozess politisch motiviert. Eine unbequeme Oppositionspolitikern soll in die Schranken gewiesen, ja aus dem politischen Geschäft herausgedrängt werden.

Dies verstößt gegen elementare Rechtsstaatsprinzipien und steht einer weiteren Annäherung an die EU, wie sie von der ukrainischen Führung immer wieder proklamiert wird, entgegen. Dabei ist die EU der wichtigste Handelspartner der Ukraine. Bereits im kommenden Winter droht der nächste Gaststreit mit Russland.

Die Ukraine muss sich ernsthaft überlegen, in welche Richtung sie sich entwickeln will. In Richtung eines autoritären Präsidialsystems mit einer willfährigen Justiz oder in Richtung einer Demokratie, in der politische Entscheidungen der Vorgängerregierung akzeptiert werden.

Die Ukraine wünscht sich schon lange ein Assoziierungsabkommen mit der EU. Dazu bedarf es aber einer verantwortungsbewusst handelnden politischen Elite in Kiew, die nicht darauf abzielt, offene Rechnungen mit fragwürdigen juristischen Mitteln zu begleichen.

Das heutige Urteil ist ein empfindlicher Rückschlag in den europäisch-ukrainischen Beziehungen.

Wahlsieg von Tusk bietet vielfältige Chancen

10.10.11 - 1159

Zum Wahlausgang der polnischen Parlamentswahlen erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gernot Erler:

Zum ersten Mal in der postkommunistischen Ära Polens wurde eine Regierung in ihrem Amt bestätigt. Damit setzt sich fort, was sich bereits in anderen mittelosteuropäischen Transformationsstaaten in jüngster Vergangenheit angedeutet hat: Ein Prozess der Normalisierung der innenpolitischen Verhältnisse.

Antideutsche Ressentiments, wie sie von Oppositionsführer Kaczynski in den vergangenen Tagen des Wahlkampfes geschürt wurden, kamen beim Wähler offensichtlich nicht an. Wahlsieger Tusk steht für eine berechenbare und auf Ausgleich orientierte Außenpolitik. Dies gilt auch gegenüber seinen östlichen Nachbarn. Jetzt besteht die Chance, dass der unter seiner Regierung eingeleitete Entspannungsprozess gegenüber Russland fortgesetzt werden kann.

Das sind gute Nachrichten aus unserem Nachbarland. Wir haben mit Polen einen verlässlichen und berechenbaren Partner. Diese Chance sollten wir nutzen, um gemeinsam voranzugehen, sei es im Bereich der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik oder mit Initiativen, die unsere östlichen Partner, einschließlich Russland, näher an Europa heranzuführen.

Friedensnobelpreis an drei mutige Frauen

07.10.11 - 1155

Zur Verleihung des Friedensnobelpreises an Liberias Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf, die liberianische Menschenrechtlerin Leymah Gbowee und die jemenitische Bürgerrechtlerin Twakkul Karman erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gernot Erler:

Das Osloer Nobelkomitee hat wieder einmal für eine Überraschung gesorgt. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an drei mutige Frauen, die sich in ihren Ländern gegen widrige Umstände behauptet haben, ist uneingeschränkt zu begrüßen. Die SPD-Bundestagsfraktion gratuliert den drei Preisträgerinnen des diesjährigen Friedensnobelpreises.

Mit der liberianischen Staatspräsidentin Ellen Johnson-Sirleaf ist eine Person ausgezeichnet worden, die als erste Frau durch eine Wahl in das Amt eines Staatsoberhauptes in Afrika gelangte. Sie hat es in ihrer bislang gut fünfjährigen Amtszeit vermocht, dem vom Bürgerkrieg geschundenen Land wieder Stabilität und Zuversicht zu geben.

Leymah Roberta Gbowee hat sich in ihrer Heimat Liberia schon in jungen Jahren für traumatisierte Kinder, Jugendliche und Bürgerkriegsflüchtlinge eingesetzt. Mit der von ihr initiierten Gründung der Women of Liberia Mass Action for Peace schuf sie eine entscheidende gewaltfreie Protestform in ihrem Land gegen das damals herrschende brutale Taylor-Regime. Sie hatte maßgeblichen Anteil daran, dieses Gewaltregime zu stürzen.

Auch die dritte Preisträgerin, die Jemenitin Tawakul Karman, steht für friedlichen und ausdauernden Protest. Sie gilt als eine der Initiatorinnen der Protestbewegung in einer nach wie vor stark männlich geprägten Gesellschaft. Seit Monaten gehen die Menschen im Jemen auf die Straße, um für mehr Demokratie und Mitbestimmung zu demonstrieren. Noch ist es nicht gelungen, das verknöcherte Saleh-Regime in die Knie zu zwingen. Aber der Nobelpreis dürfte der Protestbewegung im Jemen und auch in anderen arabischen Ländern neuen Auftrieb geben. Er ist zugleich eine Anerkennung der mutigen Protestbewegungen von der arabischen Halbinsel bis nach Nordafrika, bei der viele unschuldige Menschen bereits ihr Leben verloren haben.

Das Signal, das heute von Oslo ausgeht, heißt, dass sich Mut und Entschlossenheit zu friedlichem Protest auszahlen. Manchmal braucht es viele Jahre, aber die heutigen Preisträgerinnen haben bewiesen, dass es sich lohnt, mit friedlichen Mitteln für Freiheit und Menschenrechte zu kämpfen.